

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidentiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkontokonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Verstorbenen 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Besprechung der Parteiführer.

Rechtskoalition oder große Koalition?

Wie bereits gemeldet, treten heute die Führer der Parteien des Kumpfkabinetts zusammen, um mit dem Reichskanzler die politische Situation zu besprechen. In den Beratungen nehmen Vertreter der Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums teil. Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß das Prestige des Reichskanzlers in den letzten Tagen merkbar gelitten hat. Das ist die Folge von Kämpfen, die mehr oder weniger offen auf der politischen Bühne vor sich gingen.

Der Reichskanzler ist zweifellos bemüht, die Rechtskoalition mit den Deutschnationalen aufrecht zu erhalten. Er hofft noch immer auf den Umfall der Westpartei und zweifellos hat die Germania nicht ganz unrecht, wenn sie im Leitartikel ihrer gestrigen Abendausgabe, fragen die Deutschnationalen um? "die Symptome für einen neuen 29. August aufzuzeigen sucht. Sie verweist auf die Gefahr einer Abspaltung des sogenannten freikonservativen Teiles der Deutschnationalen, d. i. der von den Schwerindustriellen getragene Teil dieser Partei. Die Schwerindustrie, wie auch die Fertigungsindustrie drängen auf Ratifikation der Verträge und erst gestern fand im Anschluß an eine Tagung des Hansabundes in Düsseldorf eine große Kundgebung statt, die für die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno erklärte.

Ein weiteres Symptom für den ziemlich wahrscheinlichen Umfall der Deutschnationalen ist der in diesen Tagen in der Presse veröffentlichte offene Briefwechsel zwischen dem Grafen Westarp und dem württembergischen Abgeordneten Henning. Dieser Briefwechsel, den man zunächst unter dem Gesichtspunkt betrachten konnte, daß Graf Westarp tatsächlich Herrn Henning nur um eine Richtigerstellung seiner angeblichen Äußerungen ersuchte, gewinnt doch jetzt im Zusammenhang aller Dinge ein anderes Gesicht. Und man hat guten Grund zu der Annahme, daß dieser Briefwechsel ein abgekartetes Spiel ist, eine bestellte Arbeit, nur zu dem einen Zweck verfertigt, um dem Grafen Westarp öffentlich zu bescheinigen, daß er sich im Auswärtigen Ausschuss vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno grundsätzlich mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktens und damit mit dem Eintritt in den Völkerbund einverstanden erklärt habe. Wenn nun der deutschnationale Parteitag wiederum einen Umfall beschließen wird, so besitzt Graf Westarp es schwarz auf weiß, daß er von vornherein nie anders gewollt hat, als was der Parteitag als letzte Instanz beschloffen hat. Also eine Rückversicherung für jeden Fall!

Zuletzt verweist die Germania auf das Verhalten des Reichskanzlers selbst.

Herr Luther zeigt sich für den weiteren Gang der Dinge in einem Grade unbesorgt, der normalerweise nicht recht verständlich erscheint. Nach den Besprechungen mit den Parteiführern ist nichts weiter erfolgt, und obgleich inzwischen die Sozialdemokraten ihren bekannten Beschluß gefaßt haben, hat Herr Dr. Luther in seiner großen Eijener Rede mit keinem Wort die durch die Deutschnationalen geschaffene innere Krise erwähnt. Für den unbefangenen Betrachter muß es daher den Anschein haben, als ob der Reichskanzler auf irgendein Wunder rechnete, das ihm im letzten Augenblick nicht nur die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno, sondern auch die Fortführung der Regierung ermöglicht.

Während so der Reichskanzler auf das „große Wunder“ hofft, macht sich ein um so stärkerer Zwiespalt zwischen ihm und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann bemerkbar. Unmittelbar nach der Rückkehr der deutschen Delegation, vor allem aber nach dem Ausscheiden der deutschnationalen Minister begann die demokratische Presse Berlins unter Führung Georg Bernhards, wie auch der linke Flügel des Zentrums in seinem Kampforgan, der Germania, den Keil zwischen die beiden Häupter der deutschen Delegation in Locarno zu treiben. Daß Stresemann sich dem Liebeswerben Georg Bernhards um die Rückkehr zur großen Koalition gänzlich verschlossen habe, ist bei seinem maßlosen Ehrgeiz, unter allen Umständen in der Wilhelmstraße zu verbleiben, kaum anzunehmen und die Haltung der von ihm inspirierten täglichen Rundschau, die sich entschieden in Gegensatz zu den Auffassungen des Reichskanzlers setzte, läßt darauf schließen, daß Stresemann bei all diesen Vorgängen nicht völlig unbeteiligt ist.

Diese Strömungen im Lager der bürgerlichen Parteien geben der heutigen Besprechung der Parteiführer das Gepräge. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß heute für die weitere Entwicklung der politischen Kräfteverteilung in Deutschland wesentliche Entscheidungen gefaßt werden dürften. Die Vertreter der Zentrumspartei und auch die der Volkspartei werden sich zu entscheiden haben, ob sie mit dem Reichskanzler auf den Umfall der Deutschnationalen warten wollen, um so die bisherige Koalition aufrecht zu erhalten, oder aber sie haben sich im Sinne von Stresemann für eine Schwenkung zu entscheiden, die die Rückkehr zur großen Koalition bedeuten würde und die das Ende der Kanzlerschaft Dr. Luthers im Gefolge haben müßte. Daraus ergibt sich gleichzeitig, daß die Entscheidung über die weitere Entwicklung der politischen Situation nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern insbesondere auch bei dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zu suchen ist.

Zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust. Die führenden Zentrumsleute, insbesondere aber die vom linken Flügel, sehen ein, daß die bisherigen Linien der Außenpolitik im Bunde mit den Deutschnationalen nicht durchgehalten werden können, daß aber eine Lösung von der Koalition mit den Deutschnationalen ein neuer Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie die Folge wäre. Dagegen bäumt sich der rechte Zentrumsflügel auf und zuletzt tendiert die Entwicklung zum Zusammenschluß aller bürgerlichen Interessen, so daß eine große Koalition unter den obwaltenden Verhältnissen ebenfalls nur eine Zwischenlösung zu bilden vermag. Dazu kommt freilich, daß das Zentrum durch die Wirtschaftskrise außerordentlich stark beeinflusst ist, so daß es wohl denkbar wäre, daß diesmal der linke Zentrumsflügel die Ueberhand gewinnt. Wahrscheinlich aber wird die Entscheidung hingehalten, bis am 15. November die Parteitage der Deutschnationalen, wie auch des Zentrums gesprochen haben.

Demzufolge bleibt noch reichlich Zeit, um die Intrigen um den Verbleib in der Wilhelmstraße fortzuführen. Besonders charakteristisch ist eine Episode, die gestern das Berliner Tagblatt veröffentlichte, in der es heißt:

Der deutschnationale Innenminister Schiele wurde in der entscheidenden Kabinettsitzung vom 22. Oktober gefragt, ob er das Werk von Locarno billige. Darauf antwortete er etwa mit folgenden Worten: Wenn ich gefragt werde, ob ich das Werk von Locarno billige, so antworte ich mit einem lauten freudigen „Ja“. Als der Reichspräsident von Hindenburg die Kabinettsitzung schloß, bemerkte er, es sei für ihn die größte Freude, daß im Kabinett völlige Einmütigkeit bestehe.

Heute wird diese Nachricht offiziell dementiert. Charakteristischerweise knüpfen die Linksorgane an die Veröffentlichung dieser Darstellung einseitlich die Bemerkung, daß die Veröffentlichung auf Herrn Dr. Luther zurückzuführen sei, was immerhin merkwürdige Schlüsse zulassen würde.

Bei all dem Hin und Her im Lager der bisherigen Regierungsparteien und bei dem geheimnisvollen Treiben, das hinter den Kulissen um die Wiederkehr der großen Koalition vor sich geht, ist freilich zu bedenken, daß diese neue Gruppierung der Kräfte ohne die Sozialdemokratische Partei nicht denkbar ist. In diesen Tagen vermischt bereits Genosse Lewi in seiner Korrespondenz auf gewisse Symptome, die sich in Berlin geltend machen. Demgegenüber steht fest, daß Genosse Breitscheid, wie auch der Vorwärts, am Ende der Woche noch für Reichstagsneuwahlen eingetreten sind. Der Beschluß des Fraktionsvorstandes bewegte sich einmütig in der gleichen Richtung. Ob inzwischen Veränderungen in den Auffassungen eingetreten sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls dürfte eine neue Koalition mit den Parteien der Zollwucherer, dem Zentrum und der Volkspartei, für die Sozialdemokratie eine ganz außerordentliche Belastung bedeuten. Dies um so mehr, als sich jetzt erst die Folgen der verhängnisvollen Zoll- und Steuerpolitik auszuwirken beginnen, die im Sommer von diesen Parteien inauguriert worden ist.

Mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertreten wir noch immer die Auffassung, daß über die kommende Kombination der politischen Kräfte in Deutschland die Wähler entscheiden müssen. Sie haben es in der Hand, bestimmten Einfluß auszuüben, wobei wir freilich in Erinnerung an die letzten Wahlen der Auffassung sind, daß sich wesentliche Veränderungen im Verhältnis der Parteien zueinander nicht ergeben dürften.

Abbau der Militärkontrolle.

London, 2. November.

Der Reutersvertreter in Köln meldet unter dem 1. November: Die Fortschritte in der deutschen Abrüstung dauern in einer Weise an, die die internationalisierte Militärkontrollkommission befriedigt. Die Unterausschüsse der Kommission werden wie folgt zurückgezogen: Frankfurt (Frankreich) am 13. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember. — General Kauchope, der Chef der britischen Abteilung der Kontrollkommission, ist am Sonntag nach Paris gefahren, um den Völkerbundrat über den Fortschritt der Materialverkürzung bei Krupp zu berichten. Diese wird, wie verlautet, mit genügender Schnelligkeit ausgeführt, um zu der Erwartung zu berechtigen, daß sie zum vorgeschriebenen Datum, dem 20. Dezember, beendet sein wird.

Sozialistischer Wahlsieg in Basel.

Basel, 2. November.

Am Sonntag wurde in Basel bei den Ständeratswahlen der Sozialist Wullenschläger mit 9425 Stimmen gewählt. Die beiden bürgerlichen Gegenkandidaten erhielten zusammen nur 8486 Stimmen.

Ein Jahr Baldwin.

O. P. London, Ende Oktober.

In diesen Tagen wird es ein Jahr, daß in England die Regierung Macdonald zurücktrat. Wenn demnächst das englische Parlament seine Sitzungen wieder aufnimmt, beginnt zugleich das zweite Jahr der konservativen Regierung Baldwin. Manche wollen heute schon wetten, daß es auch ihr letztes Jahr sein wird.

Es ist wenig verlockend, der Geschichtsschreiber dieser Regierung zu sein. Ihre rein parlamentarischen Leistungen sind nicht besser und nicht schlechter, höchstens etwas dürftiger als die mancher Regierungen von ihr. Wenn diese Regierung der bescheidensten Mittelmäßigkeiten in die Geschichte eingehen soll, so gewiß nicht für das, was sie getan hat, sondern höchstens für das, was sie geschehen ließ, nicht wegen ihrer Leistungen in Gesetzgebung und Verwaltung, sondern eher wegen der außerparlamentarischen Begebenheiten, bei denen sie als bloßes Werkzeug mitspielt. Die Regierung Baldwin — das ist die Regierung, unter der der Kapitalismus in englischen Produktions-Bankrott ansetzte und der Staat dem wichtigsten Produktionszweig des Landes mit Zuschüssen aus Steuergeldern bespringen mußte. Die Regierung Baldwin — das ist die Regierung des Attentats von Kairo und des Blutbades von Schanghai, die Regierung der Kohlenkrise und der Kommunistenverfolgungen, des Friedens von Locarno und des Konflikts von Moskau, der revolutionären Kulis in den Kolonien und der ersten offiziellen Streikbrecherorganisationen im Lande der ältesten Demokratie. In diese Zeit, in der Nationen erwachen und Erbteile alt werden, in die Wirtschaftskrise eines Landes, die Erschütterung einer Weltmacht und an den Ausgang einer Gesellschaftsordnung gestellt, sind Herr Baldwin und seine Kollegen nur armselige Akteure der Geschichte, kleine Statisten eines großen Geschehens. Nie vorher ist es so deutlich geworden, daß nun auch England, das stärkste Bollwerk der bürgerlichen Welt in Europa, in ein Stadium getreten ist, das selbst eine Regierung mit konservativer Zweidrittelmehrheit im Parlament die Ruhe der kapitalistischen Herrschaft nicht mehr verbürgt. Nie vor dem ist es so deutlich geworden, daß auch das große britische Reich eine Regierung der Uebergangszeit hat.

Das bedeutet nicht, daß die Stellung dieser Regierung im parlamentarischen Sinne heute schon unsicher ist. Man hat allerlei Schlüsse daraus ziehen wollen, daß die Regierung vor kurzem ihre erste Nachwahl (in Southport) verloren hat; man hat darauf hingewiesen, daß diese Regierung schon in ihrem ersten Jahr eine schlechte Presse hat. Aber diese normalen, traditionellen Wegweiser auf dem politischen Lebensweg einer englischen Regierung gelten nicht mehr so recht; das Charakteristische des gegenwärtigen Abschnitts ist ja, daß trotz der trägen Beharrung der alten Formen und Institutionen der solide, „normale“ Ablauf nicht mehr garantiert ist; daß eben selbst 420 konservative Abgeordnete einer konservativen Regierung nicht mehr die Sicherheit verbürgen können, daß sie ihren Lebenslauf in Ruhe und Ehre beschließt. Es ist der merkwürdige Widerspruch in der Existenz dieser konservativen Regierung: zwischen ihrer äußeren Stabilität und ihrer inneren Unsicherheit.

Diese rührt vor allem daher, daß innerhalb der Regierung selbst, innerhalb der herrschenden Partei und ihrer Wählerschaft, in der gegenwärtigen Uebergangszeit sehr verschiedene soziale Elemente und Entwicklungstendenzen bestehen. In großen Umrisen kann man innerhalb der konservativen Partei in ihrer jetzigen Zusammensetzung drei Gruppen unterscheiden. Die erste und historisch die älteste Schicht sind die eigentlichen Feudalen, die Tories, oder wie man sie seit dem Kriege nennt, die Die Harde: Adels, Grundbesitzer, Offiziere, Bureaucraten mit ihrem Anhängel von Kleinbürgern. Diese Gruppe, die in den letzten Jahren von der Entwicklung in den Hintergrund gedrängt, zum alten Eisen geworfen schien, ist durch die Verjährung der Klassengegenstände in der allerletzten Zeit vom Schutthaufen der Geschichte wieder hervorgeholt und modernisiert worden. Das sind die Herren, die die Millionen erwachender Kolonialvölker mit eiserner Faust niederhalten wollen; die hundertprozentigen Briten, die am liebsten jeden „Koten“ aufhängen und jeden Ausländer als gefährlichen Agitator ausweisen möchten. Es sind die Reaktionsäre, die nach der „starken Hand“ gegen die Arbeiter rufen und heute, nach hundert Jahren Koalitionsfreiheit, die politische Macht der englischen Arbeiter durch Gesetze gegen die organisatorische Verbindung der Gewerkschaften mit der Partei erwürgen möchten — es sind die Kreise, deren politischer Expansions der Talmi-Mussolini und Kommunistenfresser Sir J. J. H. sind.

Die zweite Schicht, die sich um Baldwin selbst gruppiert, ist das im Laufe der Jahrzehnte vor dem Krieg in die ursprüngliche feudale Partei eingedrungene und in ihr heimatsrechtlich gewordene Unternehmertum. Das sind die alten, soliden Fabrikanten und Geschäftsleute, die noch ein Herz für ihre Arbeiter hatten, die patriarchalischen Fabrikherren, die Anhänger der konservativen Sozialreform mit ihrem Gefolge von Geistlichen, Frauen und — Arbeitern, die sich nicht nur in den vom Unternehmer gegründeten Spar- und Radfahrklubs von allen bösen, unchristlichen Gedanken fernhalten ließen, sondern sich mit ihm tatsächlich auf dem